



Pressemitteilung vom 15.02.2011

Ansprechpartner:

Ewald Thoma, Tel.: 07152 31027 oder mobil 0171 4025272

E-Mail: ewald.thoma@t-online.de

Martin Blume, Tel.: 0162 7873875

Internet: www.leobigg.de

Ist der Zugang zur Gartenstadt noch sicher?

Verwahrlosungsprobleme am Fußweg zur S-Bahn eskalieren - Überfall auf dem Fußweg zu Gartenstadt schreckt die Gartenstadt auf

Was der 19-jährige Sohn von Thomas Bökenbrink seinem Vater aufgeregt berichtete war dramatisch. Er war gerade in der Bahnunterführung auf dem Weg nach Hause in die Gartenstadt von 2 Jugendlichen überfallen worden. Sie wollten an sein Geld. Nur seiner Geistesgegenwart ist es zu verdanken, dass er dem Teleskopschlagstock, welcher einer der Jugendlichen zog, leicht verletzt entgehen konnte. "Mit einem solchen Schlagstock könnte man jemanden umbringen, so etwas hätte ich hier in der Gartenstadt niemals erwartet", so der mit Recht besorgte Vater.

Damit erreichen nun leider die schon seit Jahren im Bahnhofsbereich und einigen Straßen in der Gartenstadt vorhandenen Probleme mit Jugendlichen eine neue Eskalationsstufe. Bisher waren es bereits Vandalismus, Alkoholismus, Drogen, nächtliche Ruhestörung und Vermüllung, welche immer wieder zu erheblichen Problemen geführt haben. Nun müssen die Gartenstadtbewohner offensichtlich auch um ihre körperliche Unversehrtheit fürchten. Der Überfall hat sich in der Gartenstadt schnell herumgesprochen und zu Besorgnis vor allem bei Eltern von heranwachsenden Jugendlichen geführt. Auch viele Frauen, Kinder und ältere Leute sind besorgt. Sie fühlten sich schon bisher auf dem Fußweg zum Bahnhof und in der Bahnunterführung immer wieder von herumlungernenden, oft alkoholisierten Jugendlichen belästigt und mieden, wenn möglich diesen Weg. Dabei ist dieser Weg für die Gartenstadt von enormer Bedeutung. Er ist Schul- und Radweg und der zentrale Zugang von der Gartenstadt in die Innenstadt. Tausende Berufsschüler und viele Krankenhausbesucher benutzen diesen Weg täglich. Die beiden anderen Zugänge zu Innenstadt (Rutesheimer Str. und Gebersheimer Str.) führen an stark befahrenen Straßen entlang und sind schon daher keine Alternative. Der Zugang über die Rutesheimer Straße ist darüber hinaus ebenfalls eine Gefahrenstelle insbesondere durch die sehr schmale, steinschlaggefährdete und längst renovierungsbedürftige Bahnunterführung.

Vor diesem Hintergrund traf sich kurzfristig eine Arbeitsgruppe der BiGG, welche sich schon seit langem um die Probleme des Bahnhofsbereichs und des Fußweges in die Gartenstadt und zur Berufsschule kümmert. Diese Probleme sind leider ein Dauerbrenner für die BiGG. Zwar fanden in der Vergangenheit schon sporadisch Gespräche mit der Stadt und der Polizei und auch einzelne Aktionen statt. Leider bisher ohne nachhaltigen Erfolg. Beim Gespräch in der Arbeitsgruppe stellte sich darüber hinaus heraus, dass der Überfall anscheinend kein Einzelfall ist, sondern auch schon andere Leute aggressiv angegangen wurden. Die Gruppe tauschte sich darüber aus, welche Möglichkeiten es gibt, die nun endgültig untragbare

Situation zu verbessern. Sie ist sich darüber im Klaren, dass vor allem das Problem mit den Jugendlichen vielschichtig ist. Niemand will den Jugendlichen verbieten, sich auf der Strasse zu treffen, aber es müssen auch klare Grenzen gezogen werden, wenn ständig Ordnungswidrigkeiten und sogar Straftaten begangen und Bürger belästigt werden. Martin Blume, 2. Vorsitzender der BiGG, hat als Anwalt immer mal wieder beruflich mit solchen Taten zu tun. Er sieht vor allem auch Handlungsbedarf bei der Betreuung und den mangelnden Angeboten für Jugendliche in der Kernstadt bzw. Innenstadt Leonbergs. "Vieles geschieht einfach aus Langeweile" so Martin Blume. Wichtig ist der BiGG auch darauf hinzuweisen, dass nicht alles pauschal auf die Jugendlichen geschoben werden darf. So sind z.B. für die Müllprobleme im Glemstal und die Verwahrlosung rund um den Bahnhof auch Erwachsene verantwortlich und bei den Jugendlichen verursacht auch nur eine kleine Minderheit die genannten Probleme.

Die Arbeitsgruppe hat einen Maßnahmen- und Forderungskatalog erarbeitet, welcher als Anlage beigefügt ist. Die BiGG wird diese Vorschläge anlässlich eines bereits länger geplanten Vor-Ort-Termins am 24.2.2011 Bürgermeister Dr. Vonderheid vortragen und diskutieren. Ziel ist es, zusammen mit der Stadt, der Polizei und den Schulen (v.a. der Berufsschule) eine nachhaltige Verbesserung der Situation zu erreichen. Wir müssen wegkommen von unregelmäßigen Einzelaktionen hin zu regelmäßigen Gegenmaßnahmen. Es darf nicht sein, dass vor allem Ordnungswidrigkeiten und Straftaten keinerlei Konsequenzen haben. Quasi rechtsfreie Räume (z.B. bei der Vermüllung) dürfen nicht geduldet werden. Genauso wichtig sind der BiGG allerdings auch präventive Maßnahmen.

Anlage: Vorschläge für Maßnahmen / Forderungskatalog

1. Polizei muss wieder mehr Präsenz zeigen (Streife, auch zu Fuß!). Es ist unbedingt erforderlich, dass dies regelmäßig durchgeführt wird und nicht nach kurzer Zeit wieder einschläft
2. Ordnungswidrigkeiten wie z.B. Wegwerfen von Müll, öffentliches Urinieren oder nächtliche Ruhestörung müssen bestraft werden. Es darf keine rechtsfreien Räume geben
3. Der wilde Müll im Glemstal und auf dem Fußweg zur Stadt muss von der Stadt regelmäßig entfernt werden. Den Anwohnern ist die Beseitigung des enormen Drecks nicht mehr zuzumuten. Die BiGG hat früher einmal im Jahr eine Putzete im Glemshang durchgeführt. Die Vermüllung hat aber so zugenommen, dass die Bürger nicht mehr bereit sind, dafür ihre Gesundheit im gefährlichen Glemshang zu riskieren.
4. Eine Videoüberwachung wird gefordert (soweit rechtlich möglich). Geeigneter Standort wäre die auf die Glemsbrücke führende Ecke. Von hier könnte sowohl die Brücke als auch die Rampe zwischen Brücke und S-Bahn Unterführung überwacht werden.
5. Es wird angeregt eine „Sammelstelle“ (z.B. e-mail Adresse) für das Melden von Auffälligkeiten einzurichten.
6. Eine deutlich bessere (hellere) Beleuchtung für den gesamten Fußweg zwischen S-Bahn und Gartenstadt wird gefordert
7. Überlegenswert wäre der Einsatz von Streetworkern in Ergänzung zu der Arbeit der Jugendhäuser.
8. Mittelfristig sollte an die Wurzel herangegangen werden: Warum versammeln sich die Jugendlichen auf diesem Weg? Gibt es keine attraktiven Alternativangebote? Werden sie möglicherweise aus anderen Stadtbereichen oder dem Schulgelände durch entsprechenden Druck verdrängt und bildet sich dadurch hier ein Brennpunkt?
9. Sollte keine nachhaltige Verbesserung möglich sein, werden sich die Bürger Schritte überlegen, wie die Sicherheit mit alternativen, eigenen Mitteln wieder hergestellt werden kann